

15.03.2012 Antrag Grüne / SPD

Erstellung eines Armuts- und Reichtumsbericht

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Meine Damen und Herren, woran denken Sie spontan beim Thema Armut? Ist es der Anblick hungernder Kinder mit aufgeblähten Bäuchen in den Ländern Schwarzafrikas? In Erinnerung an unsere gestrige Debatte zum Thema „Partnerschaft mit Burundi sage ich:

Ja, es ist wichtig, dass wir die absolute Armut und die eklatant ungleiche Verteilung der Ressourcen nicht aus dem Blick verlieren. Es ist auch gut, wenn uns das Elend der Welt emotional berührt. Da gab es gestern großes Einvernehmen über alle Fraktionsgrenzen hinweg

Wir wissen um unsere Mitverantwortung für die schreiende Ungleichheit der Lebensverhältnisse auf unserem Planeten.

Darüber dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass auch im reichen Baden-Württemberg arme Menschen leben. Richtig ist, dass es eine absolute Armut, bei der die erforderliche Ernährung und der lebenswichtige Bedarf nicht sichergestellt sind, bei uns eigentlich nicht geben darf. Unsere Sicherungssysteme sind so ausgestaltet, dass dies verhindert werden kann.

Und dennoch erzählen uns Lehrerinnen und Lehrer von Kindern, die hungrig in die Schule kommen, weil es zuhause kein Frühstück gibt.

Wir hören die Berichte von Sozialdiensten, die alte Menschen betreuen, die ihre Wohnung angesichts hoher Energiekosten nicht mehr heizen.

Mir begegnet die Verelendung vieler arbeits- und perspektivloser Jugendlicher jeden Abend auf dem Weg zum Bahnhof in der Klettpassage.

Armut ist nicht nur das ferne Problem anderer Länder - insbesondere, wenn wir nicht einen absoluten sondern einen relativen Armutsbegriff zugrunde legen.

Und dann stellen wir fest, dass unter Zugrundelegung der bundesdeutschen Einkommensverhältnisse die Armutsgefährdungsquote in Baden-Württemberg bei 11% liegt und dass, wenn wir noch genauer hinschauen und wir dann richtigerweise die Einkommensverhältnisse in unserem Bundesland zugrunde legen, die Armutsgefährdungsquote bei 14% liegt.

Jeder siebte Mensch in Baden-Württemberg ist demzufolge von Armut bedroht

– überproportional betroffen sind:

- Kinder
- Alleinerziehende
- Menschen ohne Berufsausbildung und ohne Arbeit
- Geringverdienende Frauen
- Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte und
- Ältere Menschen.

Meine Damen und Herren, woran denken Sie beim Thema Reichtum? Sind es die Königshäuser und Scheichtümer dieser Welt oder die multimilliardenschweren Unternehmer, deren überbordender Wohlstand uns von den Magazinen vor Augen geführt wird? Wunsch und das Streben nach Reichtum sind ja nicht verwerflich und materieller Wohlstand ist ein hohes Gut – nach ein bisschen Glamour sehnen wir uns ja alle.

Aber auch beim Reichtum muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. „Reichtum braucht ein Maß und Armut eine Grenze“, so lautet der Titel einer Denkschrift der Evangelischen Landeskirche.

Mit unserer Forderung nach einer Reichtumsberichterstattung wollen wir keine Neiddebatte schüren.

Und bei der Armutsbekämpfung wollen wir nicht einer paternalistischen Versorgungsmentalität das Wort reden, vor der unser designierte Bundespräsident vorgestern gewarnt hat.

Wir wollen im Wissen um die krasse Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, Antworten auf die Frage nach einem Mehr an sozialem Ausgleich finden. An der Stelle teile ich auch nicht die Meinung von Joachim Gauck, dass die Gerechtigkeits- und Sozialstaatsdebatte an anderer Stelle hinreichend geführt wird. Da sehen wir durchaus noch Bedarf.

Wenn wir die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den vergangenen Jahren betrachten, kommen wir unweigerlich zu dem Schluss, dass ein politisches Gegensteuern dringend geboten ist.

Die OECD berichtet, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in allen anderen europäischen Ländern.

Die oberen zehn Prozent verdienen etwa achtmal so viel wie die unteren zehn Prozent.

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten im letzten Jahrzehnt ihren Anteil am gesamten Nettovermögen in der Größenordnung von 9 Billionen Euro von 58 auf 61 Prozent erhöhen.

Die Reichen werden chronisch reicher. Die Armen bleiben arm.

Denn ganz anders sieht es am unteren Ende der Vermögenspyramide aus:

Mehr als zwei Drittel der Erwachsenen besitzen nur neun Prozent des Nettovermögens - jeder vierte besitzt kein Vermögen oder ist verschuldet. Für die untere Hälfte der Bevölkerung hat sich in puncto Einkommen seit Jahrzehnten kaum etwas verändert. Die Reallöhne sind heute auf dem Stand von 1992.

Damit die Polarisierung von Einkommen und Vermögen nicht immer weiter fortschreitet, müssen wir politische Strategien entwickeln, und daraus Ziele zu formulieren, die mehr auf Ausgleich und weniger auf Spaltung unserer Gesellschaft bedacht sind.

Ich sehe die Notwendigkeit zur Gegensteuerung auf zwei Ebenen:

1. Steuerpolitisch durch eine gerechtere Steuergesetzgebung (Anhebung des Spitzensteuersatzes, Vermögenssteuer, höhere Besteuerung großer privater Erbschaften und Finanztransaktionssteuer – Umsetzung leider erst möglich nach einem Regierungswechsel im Bund.)
2. Sozialpolitisch: Die Hauptursachen für Armut sind im Bericht der Landesregierung benannt.

Wenn wir die Ursachen für Armut kennen, dann können wir daraus auch ableiten, um welche Personengruppen wir uns besonders kümmern müssen: z.B.

- um Kinder, die eine eigene Kindergrundsicherung brauchen
- um Alleinerziehende, die bessere Kinderbetreuungsangebote und verbesserte Zugangsperspektiven in Arbeit brauchen
- um Frauen die bei gleichen Qualifikationen, Arbeitsinhalten und -zeiten immer noch deutlich weniger verdienen als Männer
- um benachteiligte Jugendliche, die gute Bildungsangebote und geförderte Ausbildungsplätze brauchen

- um Langzeitarbeitslose, die einen sozialen Arbeitsmarkt und bessere Vermittlungschancen brauchen
- um alte Menschen, die eine auskömmliche Rente brauchen, für die mit guter Arbeit die Grundlage geschaffen wird, und die gute und bezahlbare Betreuungs- und Pflegeangebote brauchen

Mit einer in Zukunft regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung setzen wir eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags um und kommen einer langjährigen Forderung der Sozialverbände und der Kirchen nach.

Der Armuts- und Reichtumsbericht soll keine einmalige Berichterstattung sein, sondern Teil eines öffentlich-ethischen Dialogs zur Frage von Armut und Reichtum, Verteilungsgerechtigkeit und den Folgen sozialer Ausgrenzung.

Dieser Dialog tut not, denn weiter wachsende Differenzen zwischen Arm und Reich werden soziale Spannungen provozieren, die auch die Wirtschaftskraft unseres Landes schwächen und vor allem das Vertrauen in die Politik untergraben.

Bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts wollen wir

1. dass möglichst weitgehend auf vorhandenes Datenmaterial zurückgegriffen wird – statistisches Landesamt und auch unsere Finanzbehörden sind da gut aufgestellt; damit halten sich auch die Kosten für einen solchen Bericht in Grenzen,
2. dass gängige und zum Teil bereits auf europäischer oder nationaler Ebene vereinbarte Kennzahlen genutzt werden, damit die Vergleichbarkeit der Berichterstattung gewährleistet ist und
3. dass der Bericht in einem engen Dialog und in Abstimmung mit Verbänden der Wohlfahrtspflege, den Kirchen und anderen Sozialpartnern erarbeitet wird.

Die zuständige Ministerin hat in Ihrer Antwort auf unseren Antrag diese Vorgaben bestätigt. Dafür danken wir. Gleichmaßen danken wir für die ausführliche und bereits im ersten Aufschlag aussagekräftige Beantwortung und Stellungnahme zu unserem Antrag.

Ich denke, es ist gut eine Landesregierung zu haben, die die Augen nicht davor verschließt,

- dass Armut auch im reichen Baden-Württemberg ein Problem ist
- dass sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit auch bei uns stellt und
- dass zwischen Reichtum und Armut ein Zusammenhang besteht ...

im Sinne wie Berthold Brecht es formuliert hat:

„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sahen sich an
und der Arme sagte bleich,
wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.